



# HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2026

## Kleine Anfrage

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD)  
und Dimitri Schulz (AfD) vom 13.03.2026**

**Auswirkungen des angekündigten Stellenabbaus beim Volkswagen-Konzern auf  
den Standort Baunatal**

**und**

**Antwort**

**Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Am 10. März 2026 hat der Volkswagen-Konzern bekanntgegeben, bis 2030 konzernweit rund 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen. Hintergrund ist ein Gewinneinbruch von 44 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2025. Unmittelbar betroffen könnte auch das Volkswagenwerk in Baunatal, mit rund 15.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Nordhessen, sein. VW hat 800 Millionen Euro in die Fertigung von Antriebssystemen für die neue SSP-Plattform (Scalable Systems Platform, für Elektrofahrzeuge) zugesagt. Laut Betriebsrat sichert dies jedoch lediglich rund 3.500 der 15.000 Stellen langfristig. Über die Zukunft der übrigen rund 11.500 Arbeitsplätze, insbesondere nach einem etwaigen Auslaufen der Verbrennergetriebeproduktion, besteht weiter Unklarheit. Zusätzlich zeigt der Konzern eine zunehmende Bereitschaft zur Produktionsverlagerung ins europäische Ausland: Das erste SSP-Modell (VW T-Roc) soll nicht in Deutschland, sondern in Bratislava gebaut werden. Wirtschaftsminister Mansoori hatte sich bereits im Herbst 2024 bei Betriebsversammlungen in Baunatal für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgesprochen und eine Abstimmung mit den Wirtschaftsministern der anderen Bundesländer mit VW-Standorten angekündigt.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie viele Arbeitsplätze am Standort Baunatal sind nach Kenntnis der Landesregierung vom angekündigten Stellenabbau betroffen? Bitte aufschlüsseln nach Festangestellten, befristet Beschäftigten und Leiharbeitern.

Frage 7 Welche wirtschaftlichen Folgen für die Zulieferindustrie und die Region Nordhessen erwartet die Landesregierung im Falle eines umfangreichen Stellenabbaus am Standort Baunatal?

Die Fragen 1 und 7 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Vor dem Hintergrund des im Herbst 2024 angekündigten Sparprogramms bei Volkswagen haben Unternehmen und Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen kurz vor Weihnachten 2024 eine Einigung erzielt. Danach sind Werksschließungen – auch die des VW-Werkes in Baunatal – ausgeschlossen und ein sozialverträglicher Abbau von bis zu 35.000 Stellen bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Darüber hinausgehende Informationen liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 2 Führt die Landesregierung aktuell Gespräche mit dem Volkswagen-Konzern über die Zukunft des Standorts Baunatal? Die Antwort bitte genauer ausführen.

Die Landesregierung ist im ständigen und regelmäßigen Austausch mit Volkswagen, unter anderem zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Baunatal.

Frage 3 In welcher Form hat Wirtschaftsminister Mansoori die im Herbst 2024 angekündigte Abstimmung mit den Wirtschaftsministern der anderen Bundesländer mit VW-Standorten durchgeführt? Bitte unter Aufführung der Daten antworten.

Die Abstimmungen erfolgten zwischen den vier Wirtschaftsministerinnen und -ministern mit VW-Standorten unter Einbeziehung der Fachebene der jeweiligen Landeswirtschaftsministerien.

Frage 4 Zu welchen konkreten Ergebnissen hat die länderübergreifende Abstimmung der Wirtschaftsminister zur Sicherung der VW-Standorte bisher geführt?

Das zentrale Ergebnis der länderübergreifenden Abstimmungen war die Einigung auf ein „Positionspapier der Wirtschaftsministerien der Bundesländer mit VW-Standorten“, das am 15. Oktober 2024 unter anderem mit einer Pressemitteilung von Minister Mansoori der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Darin setzen sich die vier Wirtschaftsministerinnen und -minister mit VW-Standorten gemeinsam für verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der Automobilindustrie in Deutschland ein.

Unter anderem forderten die Wirtschaftsministerinnen und -minister die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, die seinerzeit geltende sprunghafte Absenkung des CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwertes durch eine schrittweise Absenkung – das sogenannte „Flat-Curve-Modell“ – zu ersetzen, ohne die Gesamtziele in Frage zu stellen. So sollen den Herstellern das Erreichen der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte möglich gemacht und drohende Strafzahlungen vermieden werden.

Frage 5 Liegen der Landesregierung Hinweise vor, dass der Volkswagen-Konzern eine Verlagerung der E-Antriebsproduktion aus Baunatal an Standorte im (europäischen) Ausland prüft? Bitte die Antwort genauer ausführen.

Der Landesregierung liegen keine entsprechenden Informationen vor.

Frage 6 Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Standortbedingungen für die Komponentenfertigung in Baunatal, unabhängig von der jeweiligen Antriebstechnologie, im Vergleich zu ausländischen Standorten wettbewerbsfähig zu halten?

Die Landesregierung steht im engen und regelmäßigen Austausch mit den hessischen Automobilherstellern und Automobilzulieferern zu deren wettbewerbsfähiger und betriebswirtschaftlicher Situation.

Im Rahmen des „Hessischen Industrietrials“ tauscht sich das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (HMWVW) in regelmäßigen Treffen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu industriepolitischen Themen aus, um den Herausforderungen für die Industrie in Hessen zu begegnen und den Strukturwandel in der Industrie zu gestalten. Auch in diesem Format geht es vor allem darum, verlässliche Rahmenbedingungen zu etablieren, die auf der einen Seite zur Investitionssicherheit beitragen und auf der anderen Seite sichere und gute Arbeitsplätze in Hessen erhalten und idealerweise auch neue schaffen.

Darüber hinaus steht das HMWVW mit den durch die Bundesinitiative entstandenen regionalen Transformationsnetzwerken in regelmäßigem Austausch.

Es bestehen in Hessen folgende Transformationsnetzwerke:

- Das Transformationsnetzwerk Region Kassel.
- TeamMit: Transformationsnetzwerk der Automobilindustrie in Mittelhessen für strategisches Qualifizierungs- und Technologiemanagement.
- Transformationsnetzwerk FD Mobil in der Region Fulda.

Frage 8 Wie bewertet die Landesregierung den Einfluss der Energiekosten und Netzentgelte auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Baunatal im Vergleich zu europäischen Konkurrenzstandorten?

Frage 9 Wie bewertet die Landesregierung die Dauer und den Aufwand von Genehmigungsverfahren für industrielle Investitionen in Hessen im Vergleich zu anderen europäischen Standorten?

Die Fragen 8 und 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Energiekosten, Netzentgelte sowie aufwendige Genehmigungsverfahren spielen bei Investitionsentscheidungen beziehungsweise bei Vergleichen von internationalen Standorten eine wesentliche Rolle, weshalb die Landesregierung auch hierzu regelmäßig mit den Unternehmen in Hessen im Gespräch ist. Vor diesem Hintergrund arbeiten Bundes- und Landesregierung intensiv daran, hier spürbare Entlastungen für die Unternehmen zu schaffen und auch Bürokratie im weiteren Sinne abzubauen.

Frage 10 Wie setzt sich die Landesregierung im Bundesrat gegen regulatorische Rahmenbedingungen ein, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie gegenüber außereuropäischen Herstellern benachteiligen?

Die Landesregierung lehnt eine Veränderung der regulatorischen Rahmenbedingungen zuungunsten der deutschen Fahrzeughersteller ab. So hat sie beispielsweise Maßnahmen wie die verstärkte Technologieoffenheit bei der Erreichung der EU-Flottengrenzwerte sowie den Ersatz der sprunghaften Absenkung des CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwertes durch eine schrittweise Absenkung – das sogenannte „Flat-Curve-Modell“ – unterstützt.

Wiesbaden, 9. April 2026

In Vertretung:  
**Ines Fröhlich**